

Artikel vom 30.11.2022**Sozialministerin fordert bessere Ausstattung**

Der Bund muss liefern!



Arbeits- und Sozialministerin Ulrike Scharf

München, 30. November 2022

Scharf: „Der Bund muss liefern! Wir brauchen dringend mehr finanzielle Mittel für unsere Jobcenter!“

Sozialministerin fordert bessere Ausstattung

Anlässlich der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im Saarland fordert Bayerns **Arbeits- und Sozialministerin Ulrike Scharf**: „Der Bund muss liefern! Wir brauchen dringend eine bessere finanzielle Ausstattung der Jobcenter! Das muss jetzt ganz klar im Mittelpunkt der anstehenden Umsetzung der Bürgergeld-Reform stehen. Die Belastung für unsere Jobcenter ist bereits durch die Betreuung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen sehr groß und wird nicht weniger. Zusätzlich werden die Beschäftigten in den Jobcentern mehr Zeit brauchen, um für die Arbeitssuchenden da zu sein und ihnen zielgerichtet zu helfen– gerade der Bereich der Fort- und Weiterbildung steht im Fokus.

Die Ministerin erklärt weiter: „Dazu braucht es mehr finanzielle Mittel. Die kürzlich erfolgte

Korrektur der Mittelansätze für das Jahr 2023 genügt hierbei nicht! Sie bleibt in der Summe sogar hinter den Mitteln für 2022 zurück. Es ist mir auch wichtig, dass die Mittel zielgerichteter auf die einzelnen Jobcenter verteilt werden. Der Bund muss jetzt dafür sorgen, dass die Jobcenter die Änderungen nun auch umsetzen können. Unser gemeinsames Ziel ist es, mehr Menschen in Arbeit zu bringen!“

Zudem will sich Bayern für eine Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes einsetzen, so Scharf, die auch **Familien- und Frauenministerin** ist: „Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein elementarer Schlüssel gegen den Fachkräftemangel! Wir müssen die Arbeitszeitgesetze endlich an die Realität der Lebenswelten der Menschen anpassen. Wir brauchen mehr Flexibilität, um Familie mit Beruf vereinbaren zu können – das steigert auch die Beschäftigungsquote! Ein erster wichtiger Schritt ist es, für einzelne Arbeitstage in der Woche auf freiwilliger Basis und unter Beachtung des Arbeitnehmerschutzes, Arbeitszeiten von mehr als zehn Stunden zu ermöglichen. Wir müssen endlich im 21. Jahrhundert ankommen!“